Schwerpunkt

Lebensräume lebenswert gestalten

Quartiersentwicklung erfolgreich umsetzen

Illustrationen Titelthema: Christian Barthold

■ Die meisten Menschen wollen selbstbestimmt und in ihrem vertrauten Wohnumfeld älter werden – auch wenn sie Unterstützung und Pflege benötigen. Bei der Quartiersentwicklung geht es darum, die Lebensräume entsprechend zu gestalten, das heißt, ein wertschätzendes gesellschaftliches Umfeld und soziale Kontakte zu fördern, die räumliche Infrastruktur und bedarfsgerechte Wohnangebote auszubauen und für wohnortnahe Beratungs- und Dienstleistungen zu sorgen. Inzwischen gibt es einige Initiativen, die Quartiersentwicklung in diesem Sinne vor Ort voranbringen. Wohnungsunternehmen oder AkteurInnen der Wohlfahrtspflege haben Quartiersprojekte ins Leben gerufen und viele Kommunen haben die altersgerechte Quartiersentwicklung in ihren Gemeinden oder Stadtteilen, getragen von einer breiten Bürgerbeteiligung, angeregt. Jedoch gibt es in der Praxis viele Unklarheiten, was eine altersgerechte Quartiersentwicklung ausmacht und den Kommunen fehlen häufig Informationen, wie eine systematische Gesamtstrategie, die Altenhilfeplanung auf eine altersgerechte Quartiersentwicklung auszurichten, aussehen könnte.

Hierzu hat das KDA einen Managementansatz für Kommunen erarbeitet, um die gesellschaftliche Teilhabe und somit die Inklusion älterer Menschen zu stärken. In dieser ProAlter-Ausgabe stellen wir diesen Ansatz anhand von Praxisbeispielen aus unterschiedlichsten Regionen und Kommunen vor und lassen ExpertInnen zu Wort kommen. □

Prinzipien für eine erfolgreiche Quartiersentwicklung

Raumbezogen und kleinteilig

Für die Altenhilfeplanung bedeutet die Orientierung an Quartiersansätzen einen Perspektivwechsel. Es geht nicht primär um die Optimierung einzelner Leistungen für den Einzelfall, sondern darum, die Lebensräume auf die Bedarfe von Menschen mit Unterstützungsbedarf ganzheitlich auszurichten. Quartiersorientierung stellt die Lebensräume der Menschen mit Unterstützungsbedarf in den Mittelpunkt. Dabei geht es um die Lebensräume, mit denen sich die BewohnerInnen identifizieren, also um ihre überschaubaren sozialen Nahräume. Um diese bedarfgerecht zu gestalten, bedarf es kleinteiliger, dezentraler, mobiler Versorgungsstrukturen und ortsnaher altersgerechter Wohnangebote.

Ganzheitlich und prozesshaft

Quartiersorientierung rückt nicht vorwiegend die Optimierung einzelner Bereiche wie die Pflegebedarfsplanung in den Mittelpunkt, sondern versucht, alle Lebensbereiche der älteren Menschen bedarfsgerecht zu gestalten. Im Sinne eines ganzheitlichen Konzeptes umfasst eine altersgerechte Quartiersentwicklung altersgerechte Wohnangebote, eine generationsgerechte räumliche Infrastruktur, ein wertschätzendes gesellschaftliches Umfeld, eine tragende soziale Infrastruktur sowie eine ortsnahe Beratung und Begleitung (siehe Abbildung S. 23). Deshalb wird ein solches Projekt auch nicht auf einmal umgesetzt, sondern entwickelt sich Schritt für Schritt. Eine prozesshafte Umsetzung sichert auch die Anpassung auf die sich verändernden Bedarfslagen im Quartier.

Kooperativ und partizipativ

Eine Quartiersentwicklung gestaltet keiner allein. In der Regel arbeitet die Kommune mit der Wohnungswirtschaft, mit gewerblichen und sozialen Dienstleistern sowie mit bürgerschaftlichen Initiativen vernetzt zusammen. Aber auch Lebensmittelhändler, Banken, Schulen, Behinderteneinrichtungen oder Kirchengemeinden können eingebunden werden. Diese „lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ orientieren sich an den Bedürfnissen der BürgerInnen im Quartier. Zentral für die Umsetzung von Quartiersprojekten ist daher ihre Partizipation sowohl bei der Planung als auch bei der Umsetzung. Sie sind Teil der lokalen Verantwortungsgemeinschaft.

Nicht ohne „Kümmerer“

Für die Umsetzung eines Quartiersprojektes bedarf es eines Quartiersmanagers oder eines sogenannten „Kümmerers“, der entsprechend qualifiziert werden muss. Ein „Kümmerer“ aktiviert die BewohnerInnen des Quartiers, koordiniert die Arbeit der AkteurInnen, regt zur Eigeninitiative an, stärkt soziale Netze, sichert die Transparenz durch Öffentlichkeitsarbeit und initiiert oder begleitet Einzelprojekte in den jeweiligen Handlungsfeldern. ■

Quartiere managen: Ohne Kümmerer geht es nicht

Fünf Phasen einer strategischen Quartiersentwicklung

Leitbild modifizieren

Der erste Schritt, um die Quartiersentwicklung innerhalb einer Kommune zu fördern, ist eine entsprechende Leitbildentwicklung. Hierbei werden die zukünftigen Handlungsschritte im Altenhilfebereich auf einen Quartiersansatz hin ausgerichtet. Ein gemeinsam von politischen und professionellen AkteurInnen sowie engagierten BürgerInnen erarbeitetes Leitbild schafft Identifikation mit den Zielen und sichert die Grundlage für ein abgestimmtes Vorgehen von Politik und Verwaltung.

Phase 1: Quartiere identifizieren

Wenn in der Kommune Einigkeit besteht, dass der Quartiersansatz im Rahmen der Altenhilfe bestimmender Leitgedanke sein soll, gilt es im nächsten Schritt, die Quartiere innerhalb der Kommune zu bestimmen. Über die Größe der Quartiere, in denen Quartiersprojekte umgesetzt werden sollen, gibt es keine einheitlichen Vorgaben. In der Praxis variieren Quartiersgrößen von ein paar Hundert bis zu mehreren Tausend EinwohnerInnen. Damit sich die BewohnerInnen mit dem sozialen Nahraum identifizieren können, ist jedoch eine gewisse Obergrenze von etwa 20.000 EinwohnerInnen zu beachten. Die meisten Quartiersprojekte in der Praxis sind jedoch viel kleiner.

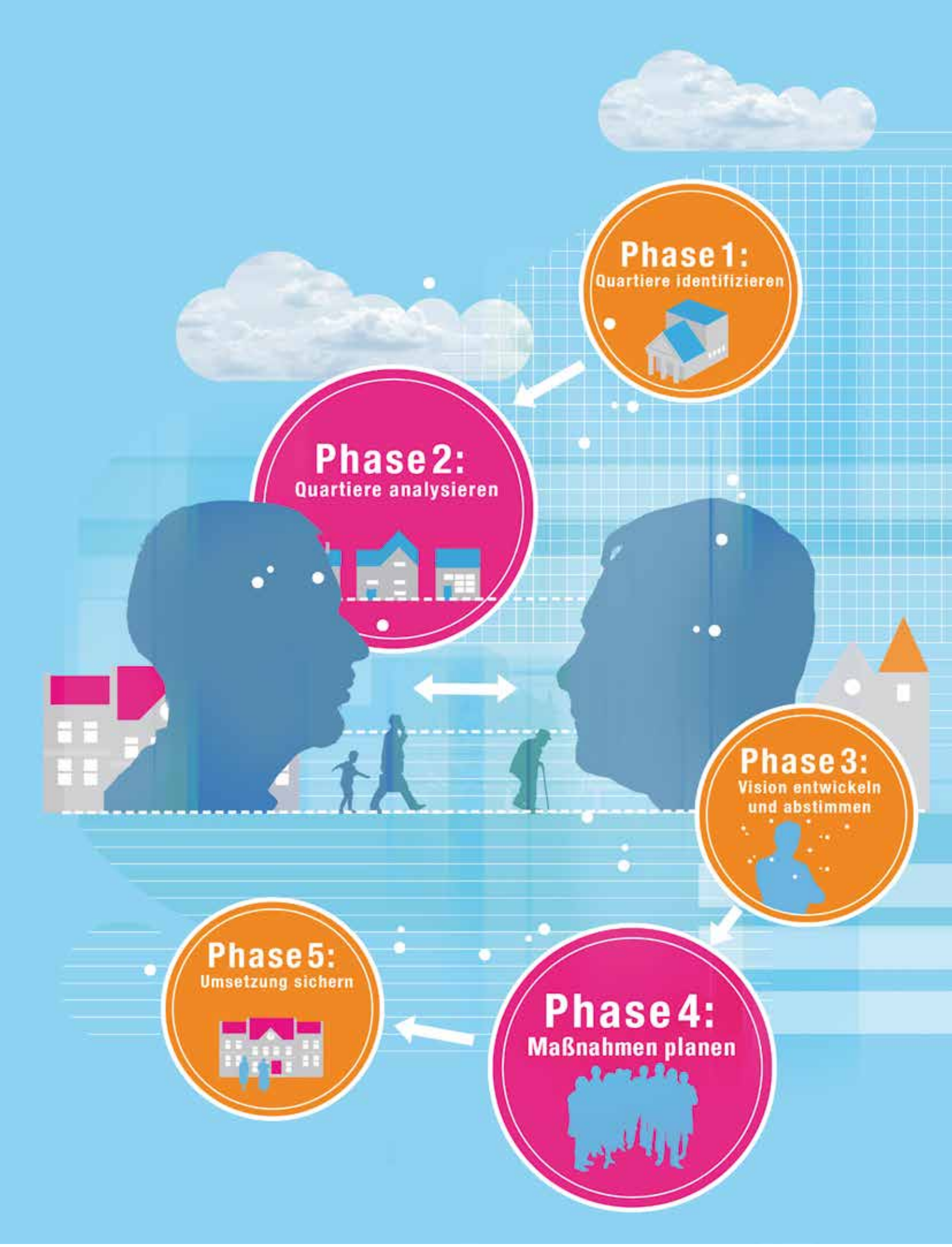
Nicht nur die Größen, auch die Grenzen von Quartieren sind nicht immer leicht zu bestimmen. Häufig ermöglichen räumliche oder historische Gegebenheiten eine klare Quartiersabgrenzung. Manchmal – vor allem in größeren Städten – lassen sich jedoch nicht alle Quartiersgrenzen so definieren. Um soziale Lebensräume zu identifizieren, werden in der Praxis sogenannte „Aktionsraumanalysen“ durchgeführt oder die Menschen werden nach ihren Lebensgewohnheiten im Quartier befragt.

Phase 2: Quartiere analysieren

Sind die Quartiere innerhalb der Kommune identifiziert, gilt es, deren besondere Struktur als Lebensräume für ältere Menschen zu erfassen. Jedes Quartier hat seine spezifischen Eigenschaften und besondere Problemkonstellationen, aber auch Entwicklungsmöglichkeiten und spezifische Stärken. Es geht darum, der jeweiligen Ausgangslage und Problemkonstellation im Quartier mit individuellen Konzepten zu begegnen und nicht ein Einheitskonzept auf alle Quartiere zu übertragen. Grundlage dafür ist die Erfassung und Darstellung der Situation im jeweiligen Quartier. Im Rahmen von Sozialraumanalysen werden Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken ermittelt. Verfahren wie „niedrigschwellige Quartiersanalysen“ ermöglichen einen schnellen Einblick ins Quartier. Grundsätzlich sollten die BürgerInnen im Rahmen von „beteiligungsorientierten Quartiersanalysen“ – zum Beispiel über Bürgerbefragungen oder Quartiersbegehungen – dabei miteinbezogen werden.

Phase 3: Vision entwickeln und abstimmen

Nachdem die Situation in den Quartieren erfasst ist, gilt es, Visionen zu entwickeln, in welche Richtung sich das Quartier weiterentwickeln soll, um älteren Menschen ein möglichst selbstständiges Wohnen im Quartier zu erleichtern. Hierzu bieten sich beispielsweise Zukunftswerkstätten an. Die Rolle der Kommune in dieser Phase ist es, diesen Diskussionsprozess anzuregen, zu begleiten und zu dokumentieren. Die Beteiligung der AkteurInnen und der Bürgerschaft bei der Entwicklung von Visionen für ihr Quartier kann über Umfragen, öffentliche Diskussionen in der Presse oder Einladungen zu Vorträgen und Diskussionsrunden begonnen werden.


Phase 1:
Quartiere identifizieren
Phase 2:
Quartiere analysieren
Phase 3:
Vision entwickeln und abstimmen
Phase 4:
Maßnahmen planen
Phase 5:
Umsetzung sichern

Phase 4: Maßnahmen planen

Nun beginnt die konkrete Maßnahmenplanung. Dafür finden sich AkteurInnen in verschiedenen Arbeitsgruppen zusammen und greifen die wichtigsten Themen aus den Visionen für das Quartier auf. In den Arbeitsgruppen entwickeln sie Projektideen und Arbeits- und Zeitpläne und benennen Verantwortliche für die Umsetzung. Die Kommune sichert in dieser Phase die Arbeitsgruppenbildung, indem sie MitstreiterInnen aktiviert, die Vernetzung der AkteurInnen anregt und die Arbeitsfähigkeit der Arbeitsgruppen sicherstellt. Besonders wichtig für die Quartiersentwicklung ist die Einbindung von „Schlüsselpersonen", die als Meinungsträger die Quartiersentwicklung sehr stark beeinflussen können. Aber es braucht nicht nur Schlüsselpersonen zur Quartiersentwicklung, auch andere BürderInnen und AkteurInnen müssen gewonnen werden, zum Beispiel über „Stakeholder-Analysen" oder „aktivierende Befragungen".

Phase 5: Umsetzung sichern

Wenn feststeht, welche Maßnahmen von wem ungesetzt werden, müssen die AkteurInnen so unterstützt werden, dass sie die Maßnahmeschritte auch umsetzen können. Für die Umsetzung der Maßnahmenschritte müssen gelingende raumbezogene Formen der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Trägern und den BürgerInnen im Sinne „lokaler Verantwortungsgemeinschaften" gestaltet werden.

Letztlich geht es in dieser Phase darum, Netzwerkarbeit erfolgreich durch eine gemeinsame Zielformulierung, ein systematisches Projektmanagement sowie durch die Pflege einer Netzwerkkultur zu gestalten. Kommunen kommt bei der erfolgreichen Netzwerkarbeit im Quartier eine bedeutende Rolle zu. Entweder initiieren und moderieren Kommunen die Netzwerkarbeit selbst in sogenannten „Verbundnetzwerken" im Quartier oder sie unterstützen die Arbeit anderer Netzwerke im Quartier wie „Versorgungsnetzwerke" oder „Seniorennetzwerke".

Kommunen unterstützen in dieser Phase aber nicht nur die erfolgreiche Gestaltung von Netzwerkarbeit. Sie greifen auch direkt in die Quartiersentwicklung ein, indem sie die Umsetzung von konkreten Maßnahmen zur altersgerechten Quartiersentwicklung sichern. Sie können Rahmenbedingungen für Maßnahmenschritte erleichtern oder finanzielle Fördermöglichkeiten eröffnen oder rechtliche Spielräume nutzen, damit die geplanten Maßnahmen umgesetzt werden können.

Weitere Handlungsempfehlungen

Schritt für Schritt vorgehen und mit überschaubaren Projekten beginnen

Nicht immer lässt sich in allen identifizierten Quartieren einer Kommune gleichzeitig mit der Quartiersentwicklung beginnen. Die einen beginnen mit Quartieren, die sich besonderen Herausforderungen stellen müssen, weil sie zum Beispiel einen sehr hohen Anteil an älteren BewohnerInnen haben oder sozial bzw. ökonomisch benachteiligt sind. Andere Kommunen beginnen in Quartieren, die günstige Voraussetzungen zur Umsetzung mitbringen, weil sie beispielsweise klare Quartiersgrenzen haben und eine hohe Identifikation der Bevölkerung mit dem sozialen Raum besteht. Manche fangen auch mit Quartieren an, die schon gute partizipative Strukturen entwickelt haben. Innerhalb eines Quartiers beginnt man zunächst mit einem Projekt und fügt wie an eine Kette nach und nach weitere „Perlenprojekte" hinzu. Wichtig ist nicht, möglichst schnell alle Versorgungslücken zu beseitigen, sondern nach und nach in einem gemeinsamen Prozess das Quartier auf die besonderen Bedarfslagen von Menschen mit Unterstützungsbedarf auszurichten. Dabei kann auch schon mal eine „Perle" verloren gehen, Einzelprojekte können scheitern, ohne die kontinuierliche Quartiersentwicklung zu gefährden. Ebenso können Maßnahmen beendet werden, wenn deutlich wird, dass im Quartier dafür kein Bedarf mehr besteht.

Man sollte möglichst mit einfachen Maßnahmen beginnen, um schnelle Erfolge zu erzielen, die Beteiligten zu motivieren und neue MitstreiterInnen für weitere Projekte zu finden. Ein leicht umzusetzender Schritt ist beispielsweise die Schaffung von mehr Sitzmöglichkeiten im Quartier, damit ältere Menschen am Leben im Quartier teilnehmen können.

ZIEL 1

Wertschätzendes gesellschaftliches Umfeld fördern

ZIEL 2

Tragfähige soziale Infrastruktur erhalten

ZIEL 3

Bedarfsgerechte Wohnangebote ausbauen

ZIEL 4

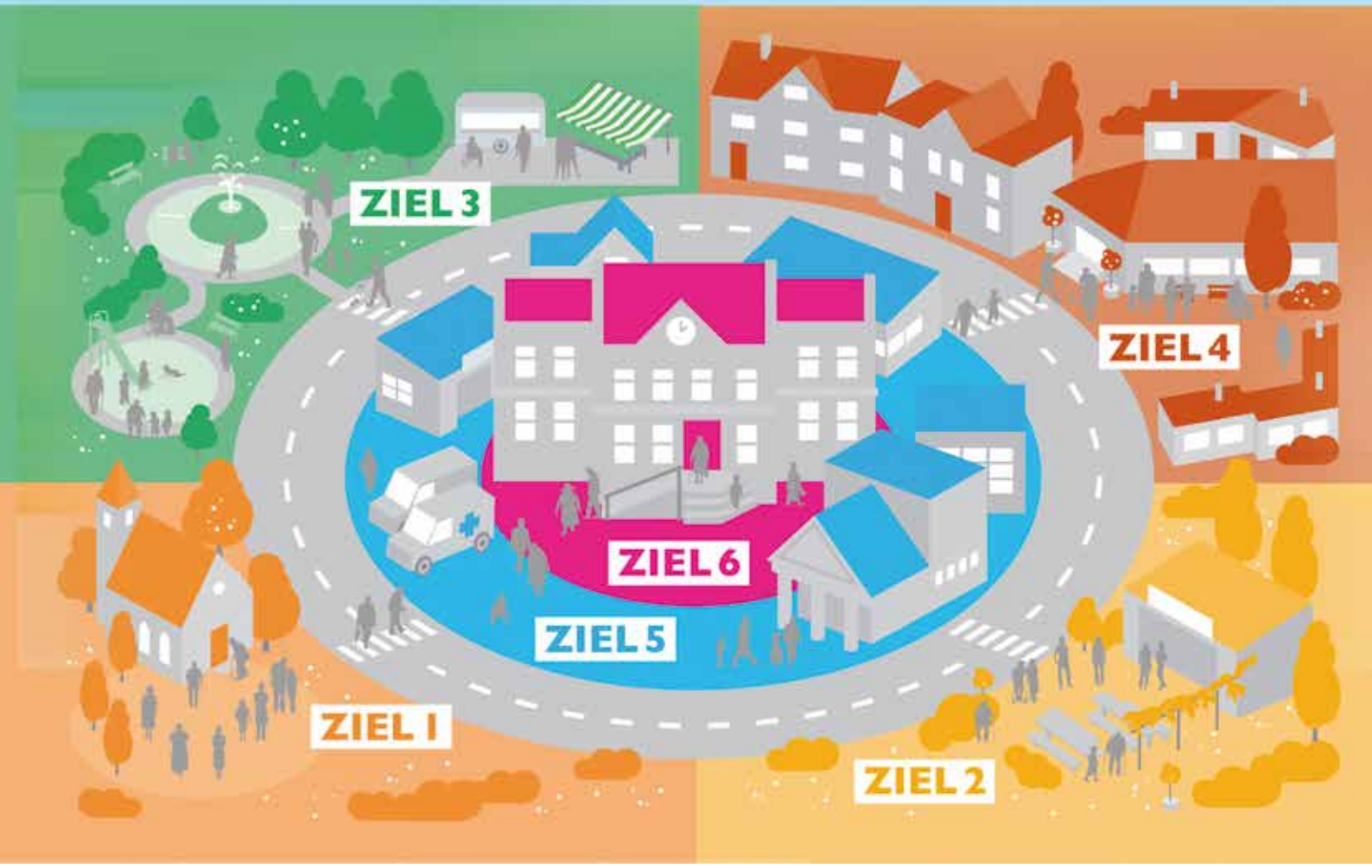
Generationengerechte räumliche Infrastruktur sicherstellen

ZIEL 5

Bedarfsgerechte Dienstleistungen und Angebote aufbauen

ZIEL 6

Wohnortnahe Beratung und Begleitung ermöglichen



Bürgerbeteiligung bei der Planung und Umsetzung

BewohnerInnen in den Quartieren sind nicht nur Betroffene, die gehört werden wollen, sondern insbesondere auch diejenigen, die zur Lösung vorhandener Probleme beitragen können. Daher sind sie nicht nur in die Stärken- und Schwächenanalyse, in die Visionsbildung, die Maßnahmenplanung einzubeziehen, sondern konkret auch an der Umsetzung der Maßnahmen zu beteiligen. Die Bürgerbeteiligung bei der Umsetzung kann so weit gehen, dass die BürgerInnen selbst Träger des Quartiersprojektes werden. Rechtlich schließen sie sich dann meist zu Bürgervereinen zusammen, deren Gründung vielfach mit Unterstützung der Kommune erfolgt. So wurde zum Beispiel in der Stadt Eching 1998 ein Bürgerschaftsverein gegründet, der heute Träger des „Alten Service Zentrums Eching“ ist, von dem die Quartiersentwicklung seit vielen Jahren systematisch betrieben wird. Die Kommune unterstützt diesen Bürgerschaftsverein, indem sie das Quartiersmanagement im Rahmen der kommunalen Daseinfürsorge finanziert.

BürgerInnen an der Umsetzung zur Quartiersentwicklung zu beteiligen, kann also auch bedeuten, ihnen finanzielle Spielräume zur Quartiersgestaltung zu eröffnen. Für die Finanzierung kleinerer Maßnahmen vor Ort werden in der Praxis manchmal „Quartiersfonds“ bereitgestellt – aus kommunalen Mitteln, aus Mitteln der QuartiersakteurInnen und zum Teil noch aus Fördermitteln wie aus dem Programm „Soziale Stadt“.

Erfolge sichtbar machen

Um Motivation aufrechtzuerhalten und Enttäuschungen zu vermeiden, müssen die erzielten Erfolge sichtbar gemacht werden. Das heißt, von Anfang an müssen alle Aktivitäten transparent gestaltet werden, indem fortlaufend zum Stand der Dinge berichtet wird. So hat beispielsweise die CBT ein „Quartiersportal“ in Leverkusen-Opladen als Informations- und Kontaktbörse mit Unterstützung der Kommune aufgebaut (www.cbt-gmbh.de).

Handlungsschritte überprüfen

Regelmäßig sollte überprüft werden, ob die gesteckten Ziele umgesetzt und welche Erfahrungen bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmenschritte gemacht wurden. Die Überprüfung kann durch neutrale, externe EvaluatorInnen oder in Form von regelmäßiger Selbstevaluation durch die Kommune erfolgen.

Veränderung kommunalinterner Strukturen

Für die Kommunen, die ihre Altenhilfe an einem quartiersbezogenen Leitbild ausrichten, ist dies auf vielfältigen Ebenen mit Veränderungen verbunden. Um den Prozess der Quartiersentwicklung in Gang zu setzen und ihn langfristig zu verstetigen, bedarf es kommunalinterner struktureller Veränderungen. So müssen die Kommunen ihre Arbeitsmethoden und den Organisationsaufbau verändern, die Qualifikation der Mitarbeitenden anpassen und kommunale Leistungsangebote sozialräumlich ausrichten.

Fazit

Der Prozess der altersgerechten Quartiersentwicklung ist nicht von heute auf morgen zu bewältigen und nur dann erfolgreich, wenn die Idee der Quartiersentwicklung von den AkteurInnen kollektiv geteilt wird. Sie müssen dazu bereit sein, bestehende Pfade und Routinen aufzugeben, denn das Arbeiten in lokalen Verantwortungsgemeinschaften bedarf neuer Haltungen sowie Organisations- und Qualifikationsstrukturen. Ebenso müssen neue Finanzierungswege für das Quartiersmanagement erschlossen werden. ■

Zur Autorin:

Ursula Kremer-Preiß

Die Sozialwissenschaftlerin leitet den Bereich Wohnen und Quartiersgestaltung im KDA. In der Landesinitiative Demenz-Service NRW hat sie den Arbeitsschwerpunkt Netzwerke.

Angebote des KDA zum Thema

Veröffentlichung

Die KDA-Veröffentlichung „Quartiersentwicklung – KDA-Ansatz und kommunale Praxis“ zeigt, wie die einzelnen in diesem Artikel beschriebenen Phasen der Quartiersentwicklung konkret umgesetzt werden können und wer dabei welche Funktionen und Aufgaben übernimmt. Zahlreiche Praxisbeispiele und Praxishilfen unterstützen interessierte Kommunen zusätzlich bei der Planung und Umsetzung ihrer Quartiersprojekte.

Michell-Auli, Peter; Kremer-Preiß, Ursula (2013):
Quartiersentwicklung. KDA-Ansatz und kommunale Praxis.
Köln: Kuratorium Deutsche Altershilfe, ISBN 978-3-940054-37-1
126 Seiten, Preis: 19,80 Euro zzgl. Versandkosten

Beratungsangebote

Das KDA unterstützt Kommunen und Landkreise bei der Entwicklung und Umsetzung von Quartierskonzepten

- Hilfen bei der Identifizierung von quartiersorientierten Sozialräumen
- Systematische Erfassung der Bestände und Bedarfe in Quartieren
- Durchführung empirischer Erhebungen und Befragungen
- Aktivierung und Begleitung von Bürgerschaftsmitwirkung bei der Bedarfsfeststellung, Planung und Umsetzung
- Systematische Öffentlichkeitsarbeit zur Information und Sensiblisierung der Bevölkerung
- Beratung bei der baulichen Planung von Wohnungen und Einrichtungen im Quartier
- Moderation von Kooperationsprozessen der verschiedenen AkteurInnen
- Moderation ressortübergreifender Kooperation in der Verwaltung
- Moderation von Arbeitskreisen, Arbeitsgruppen und Netzwerken
- Evaluation der Maßnahmen
- Fachliches Coaching der Verwaltung

Kontakt: Ursula Kremer-Preiß und Thorsten Mehnert, Telefon: +49 221 93184717,
E-Mail: ursula.kremer-preiß@kda.de oder thorsten.mehnert@kda.de

Fortbildungen

Das KDA bietet regelmäßig Fortbildungen zu den Themen „Bausteine und Verfahrensweisen von Quartierskonzepten“, „Netzwerkarbeit“ oder „Nachbarschafts-Netzwerke“ an, in denen Konzepte sowie praktische Beispiele für die Umsetzung mit neuen Lernmethoden vermittelt werden. Zielgruppen für diese Fortbildungsangebote sind neben VertreterInnen der Wohlfahrtspflege und Wohnungsunternehmen auch die Kommunen. Im Rahmen von „Inhouse-Schulungen“ unterstützt das KDA darüber hinaus kommunale AkteurInnen bei der Umsetzung vor Ort.
Weitere Informationen: www.kda.de

Landkreis Unterallgäu – Quartiere in den Gemeinden altersgerecht gestalten

Der Landkreis Unterallgäu, in dem rund 136.000 Menschen leben, hat im Jahr 2009 sein „Seniorenpolitisches Gesamtkonzept“ verabschiedet. Zahlreiche Projekte wurden seitdem angestoßen. Eines davon ist die „Quartiersentwicklung in den Gemeinden“, die in drei ausgewählten Ortschaften umgesetzt wird. Ziele sind der Erhalt des selbstständigen Wohnens im vertrauten Wohnumfeld und die Stärkung von Eigeninitiativen und gegenseitiger Hilfe.

Kommunale seniorenpolitische Gesamtkonzepte sind ein Baustein bei der Umsetzung der Leitlinien bayerischer Seniorenpolitik, wie sie im „Seniorenpolitischen Konzept“ der Staatsregierung enthalten sind. Von insgesamt 96 Landkreisen und kreisfreien Städten haben mittlerweile 59 ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept und bei weiteren 27 wird derzeit gerade eines erarbeitet.

Mit der Entwicklung eines seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes soll die lokale Struktur in den kreisangehörigen Gemeinden gestärkt und die altersgerechte Quartiersentwicklung gefördert werden. Aber vor allem geht es darum, die Wünsche und Vorstellungen der Unterallgäuer für ihr Älterwerden bestmöglich zu verwirklichen. Schließlich genügt es nicht, zu wissen, dass es über 98 Prozent der BürgerInnen sehr wichtig wäre, im Alter zu Hause wohnen zu können. Hierfür müssen die entsprechenden Voraussetzungen und Rahmenbedingungen geschaffen werden: Wie kann zum Beispiel ein Viertel oder ein Dorf so gestaltet werden, dass auch ältere Menschen dort wohnen bleiben können, also auch Menschen, die Unterstützung im Alltag brauchen, pflegebedürftig sind oder an Demenz leiden? Das war die grundsätzliche Frage, auf die das Projekt der Quartiersentwicklung Antworten geben soll. Im März 2013 wurden die drei Gemeinden Mindelheim, Erkheim und Wolfertschwenden ausgewählt, die seitdem vom Landkreis bei der Erarbeitung ihres Quartierskonzeptes gefördert werden. Die Umsetzung erfolgt in Kooperation mit der Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (AfA) in München. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung hat das Kuratorium Deutsche Altershilfe den Stand der Quartiersentwicklung im Unterallgäu ermittelt. Von den 52 Städten und Gemeinden im Landkreis haben sich 30 an der Befragung beteiligt. Dabei hat sich herausgestellt, dass im Unterallgäu, insbesondere in den Bereichen Wohnen und Mobilität, Verbesserungsbedarf besteht. Drei Viertel der befragten Bürgermeister gaben an, es gebe zu wenig altersgerechte Wohnungen in ihrer Gemeinde. Zwei Drittel wünschten sich Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr. Positiv bewertete die Mehrheit der Bürgermeister das ehrenamtliche Engagement in ihrer Gemeinde und die Begegnungsmöglichkeiten für Jung und Alt. Als gut stuften die Befragten mehrheitlich auch das Angebot an Alltagshilfen ein, ebenso die ärztliche Versorgung und das ambulante Pflegeangebot. Allerdings wünschen sich viele Bürgermeister einen besseren Austausch mit den anderen Gemeinden und erhoffen sich spezielle Qualifizierungsangebote, insbesondere für die Seniorenbeauftragten. Die Studie hat viele Ansatzpunkte für das künftige Vorgehen geliefert. Im Frühjahr 2014 wird das KDA die Gemeinden erneut befragen, um den Entwicklungsprozess zu dokumentieren. ■

„Die Quartiersentwicklung muss Anliegen der Gemeinde und der Menschen vor Ort sein“

Interview mit Hubert Plepla, Landkreis Unterallgäu

Seit 2011 ist Hubert Plepla der Ansprechpartner bei allen Fragen rund um das seniorenpolitische Gesamtkonzept des Landkreises Unterallgäu. Er koordiniert die Umsetzung des Seniorenkonzepts. Zudem begleitet er die Arbeitskreise, die am Seniorenkonzept maßgeblich beteiligt sind, unterstützt und berät die Gemeinden bei der Umsetzung des Seniorenkonzepts vor Ort. Der gelernte Krankenpfleger qualifizierte sich u. a. im Bereich Pflegemanagement, Heimleitung und als Qualitätsauditor weiter. Er arbeitete viele Jahre im Pflegemanagement in Krankenhäusern und in der Leitung von Altenheimen sowie in der Schulung und Beratung.

Die Entwicklung altersgerechter Quartiere, wie gelingt das im Landkreis Unterallgäu? PA

Auf zweierlei Weise: Zum einen bearbeiten wir das lokale Seniorenkonzept des Landkreises, welches auf acht Handlungsfeldern (siehe Kasten) basiert. Im Rahmen von Workshops und Sitzungen werden mit den AkteurInnen und BürgerInnen Projekte und Maßnahmen entwickelt, die vor Ort umgesetzt werden. Die Quartiersentwicklung ist ein solches Projekt und im Handlungsfeld „Wohn- und Betreuungsformen“ verankert. Hier gelingt es uns, die Menschen im Stadtteil oder in der Gemeinde zu fragen, was sie brauchen. Es geht auch darum, welche Ressourcen es in den Gemeinden gibt und welche Angebote es braucht, damit die älter werdenden Menschen im eigenen Umfeld wohnen bleiben können. Die Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung und Vorgehensweise im lokalen Raum ist ein weiterer Schwerpunkt. HP

Um welche Themen geht es dabei? PA

Die Sichtweise muss unbedingt ganzheitlich sein, die Themen und Projekte dazu müssen mit den Menschen im Quartier erarbeitet werden, etwa in Bezug auf Mobilität, Nahversorgung, gegenseitige Unterstützung, Wohnangebote, vernetzte Beratungsstruktur. Unser Ziel ist der Erhalt und der Ausbau einer bedarfsgerechten Infrastruktur im lokalen Raum. Die Menschen möchten auch mit Hilfs- und Unterstützungsbedarf möglichst lange in ihrer Gemeinde wohnen bleiben. HP

Welche Projekte wurden bereits realisiert? PA

In Erkheim wurde zum Beispiel vorgeschlagen, in der alten Molkerei eine ambulant betreute Wohngemeinschaft aufzubauen. Auch die Möglichkeiten zur Schaffung von barrierefreiem Wohnraum sind Thema. In Mindelheim wurde bei Workshops ein sogenanntes Rufbussystem angeregt. Und in Wolfertschwenden kümmert sich eine Arbeitsgruppe um den Aufbau einer Nachbarschaftshilfe. HP

Handlungsfelder des seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes im Landkreis Unterallgäu

1: Bürgerschaftliches Engagement
2: Infrastruktur und Wohnraum
3: Ambulante Hilfen
4: Prävention
5: Wohn- und Betreuungsformen
6: Angebote für besondere Zielgruppen
7: Beratung, Information, Öffentlichkeitsarbeit
8: Vernetzung

Drei Gemeinden beteiligen sich im Landkreis Unterallgäu an der Quartiersentwicklung: Erkheim (oben), Mindelheim (Mitte), Wolfertschwenden (unten). Im Rahmen von Veranstaltungen können die BürgerInnen ihre Ideen und Wünsche einbringen.

Wem kommt dieses Projekt zugute? PA
Die Quartiersentwicklung kommt allen Generationen zugute. Deshalb ist es uns wichtig, dass wir generationsübergreifend arbeiten, indem wir beispielsweise auch Jugendgruppen in die Projekte integrieren. In diesem Verständnis steckt eine herausragende Chance für die Gemeinde. HP

Wie läuft so ein Prozess konkret ab? PA
Zunächst führen wir Vorgespräche mit der Gemeindeverwaltung und dem Bürgermeister, mit den Seniorenbeauftragten und den AkteurInnen, die bereits sehr aktiv in der Gemeinde sind. Dann überlegen wir, wen wir aus der Gemeinde für einen ersten Workshop benötigen. Eingeladen werden die lokalen AkteurInnen, die Fachleute vor Ort. Da kommen je nach Ort oder Stadtteil um die 30 Personen zusammen. In einem weiteren Schritt – als große zweite Veranstaltung – folgt der Bürgerbeteiligungsprozess. Hierzu werden alle BürgerInnen eingeladen. Danach werden themenbezogene Projektgruppen gebildet, die die Maßnahmen weiter ausarbeiten und voranbringen. Letztlich muss es gelingen, ein kommunales Netzwerk aus BürgerInnen, Fachleuten und AkteurInnen aus unterschiedlichen Bereichen als lokale Entwicklungsgemeinschaft für den Ort aufzubauen. Für diese Aufgabe bedarf es meines Erachtens unbedingt eines Verantwortlichen, der nicht gänzlich ehrenamtlich tätig sein sollte. HP

Wie gewinnen Sie die BürgerInnen für eine aktive Beteiligung? PA
Natürlich machen wir sehr viel Öffentlichkeitsarbeit, dazu gehören Mund-zu-Mund-Propaganda, Flyer und Plakate, aber auch Pressearbeit, die die Menschen für das Thema sensibilisiert. In kleineren Quartieren kann man die BürgerInnen schneller informieren. In Wolfertschwenden zum Beispiel gibt es neben dem Rathaus einen Dorfladen, in dem jeder mal einkauft. Hier sind der Bürgermeister und die Seniorenbeauftragte zu den Damen im Dorfladen gegangen und haben über das Vorhaben informiert. Die Mitarbeiterinnen des Dorfladens wurden gebeten, das Thema

im Dorfladen immer wieder anzusprechen und dadurch zur Teilnahme bei der Veranstaltung „Leben und Wohnen in Wolfertschwenden“ zu sensibilisieren. HP

Wie erreichen Sie die BürgerInnen in größeren Quartieren? PA

In größeren Quartieren ist es schwieriger. In einer Stadt wie Mindelheim mit ca. 15.000 EinwohnerInnen haben wir zwar ein sehr aktives Seniorennetzwerk, dennoch hatten wir Probleme, die BürgerInnen zu aktivieren – obwohl mit Plakaten und Flyern informiert wurde und obwohl der Bürgermeister in der Zeitung persönlich zur Mitarbeit aufgerufen hatte. Weil die Bürgerbeteiligung in Mindelheim für uns nicht befriedigend war, machen wir jetzt eine Bürgerbefragung. Die Fragebögen werden in Zusammenarbeit mit der AfA erstellt und sollen neben der Abfrage zu den Themen aus den Workshops auch die Sensibilität für die generationengerechte Quartiersentwicklung in der Stadt Mindelheim erhöhen. Das Seniorennetzwerk in Mindelheim hat sich entschlossen, die Fragebögen an alle BürgerInnen über 65 Jahre zu versenden. Außerdem werden Abfragen anhand des Fragebogens persönlich durchgeführt, zum Beispiel bei Seniorentreffen. Um eine erhöhte Bürgerbeteiligung zu erzielen, werden MitarbeiterInnen aus dem Seniorennetzwerk Mindelheim auch in der Einkaufsstraße informieren und Fragebögen verteilen. Generell glaube ich inzwischen, dass die Mitwirkung der BürgerInnen leichter gelingt, wenn die Quartiere kleiner definiert sind (max. 5.000 EinwohnerInnen). HP

Was sollte besonders beachtet werden, will man möglichst viele BürgerInnen am Quartiersprozess beteiligen? PA

Die BürgerInnen aus der Gemeinde müssen schon im Vorfeld gut über das Vorhaben und den Sinn und Zweck eines solchen Prozesses informiert werden. Sie sind unverzichtbar, denn sie bringen das Wissen vor Ort ein und kennen die Bedarfslagen in der Gemeinde am besten. Dies muss auch von Seiten der Gemeindeverwaltung, des Bürgermeisters und des Gemeinderates entsprechend kommuniziert werden. Es ist wichtig, dass die BürgerInnen merken, dass sie etwas bewegen und verändern können und dieses Engagement gewollt und gebraucht wird. Wichtig ist aber auch die Verbindlichkeit im Prozess. Gemeinsam müssen Ziel- und Vorgehensweise abgestimmt und transparent gemacht werden. Dafür ist auch ein gewisses Maß an Dokumentation (Maßnahmen- und Projektpläne, Protokolle, Informationskultur etc.) nötig. Durch diese Nachvollziehbarkeit bleiben die AkteurInnen informiert und die Vorgehensweise wird gemeinsam geplant. Dadurch wird der Prozess nachhaltig. Für die Arbeit der Quartiersentwicklung ist die Wertschätzung im gesellschaftlichen Umfeld äußerst wichtig und sollte fortlaufend gestärkt werden. Es geht uns darum, dass wir die Menschen für die jeweiligen Themen und für den gesamten Prozess sensibilisieren und so mit ins Boot holen. Natürlich wird man nie alle gewinnen, aber eine große Anzahl von BürgerInnen soll sagen: Wir sind der kleine Schneeball, der, wenn er ins Rollen kommt, eine Lawine auslöst. HP

Entwickelt jede Gemeinde ein eigenes Vorgehen bei der Planung und Umsetzung von Projekten? PA

Man kann den Plan für Gemeinde A nicht auf Gemeinde B übertragen, denn jede Gemeinde hat unterschiedliche AkteurInnen und steht auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen. Der gegenseitige Austausch ist dabei sehr wichtig, um voneinander lernen zu können. Wir pflegen deshalb eine Liste mit guten Beispielen der Seniorenarbeit im Landkreis Unterallgäu. Zudem wird heuer zum ersten Mal ein Förderpreis für kommunale Seniorenprojekte im Landkreis Unterallgäu vergeben. Dieser ist mit insgesamt 6.000 Euro dotiert. Im Unterallgäu wird das Quartierskonzept derzeit in drei Gemeinden umgesetzt. Ich werbe im Sozialausschuss dafür, dass der Landkreis die Quartiersentwicklung wieder mitfinanziert und dass sich die nächsten Gemeinden auf den Weg machen können. HP

Wer treibt das Thema Quartiersentwicklung im Landkreis voran? PA

Es muss eine Person geben, die sich um die Umsetzung des Landkreis-Seniorenkonzepts kümmert und Projekte entwickelt, voranbringt, begleitet und auswertet – im Unterallgäu ist das Aufgabe der Koordinationsstelle für das Seniorenkonzept. Wichtig ist, dass die Maßnahmen aus dem Seniorenkonzept bei den BürgerInnen ankommen und als Unterstützung und als Verbesserung der Situation im lokalen Raum wahrgenommen werden. Die Quartiersentwicklung ist dafür bestes „Handwerkszeug". Es werden bei diesem Vorgehen natürlich auch die Projekte diskutiert, die wir im Rahmen des seniorenpolitischen Gesamtkonzepts im Landkreis gemeinsam mit den AkteurInnen entwickelt haben. Aber auch die vielen vorhandenen guten Beispiele aus den Gemeinden spreche ich bei der Erarbeitung der Quartierskonzepte an. Letztlich muss es gelingen, dass die Quartiersentwicklung als stetiger und dynamischer Prozess in die Gemeinde integriert wird. HP

■ *Das Gespräch führte Simone Helck.*

Kontakt:
Hubert Plepla
Landkreis Unterallgäu
Tel.: +49 8261 995-457
E-Mail: hubert.plepla@lra.unterallgaeu.de

Linktipps

Auf der Internetseite des Landratsamts Unterallgäu finden Sie Informationen sowie Umfrageergebnisse, Broschüren und weitere Links rund um die Quartiersentwicklung in den Gemeinden. Auch der „Endbericht zur Erstellung des seniorenpolitischen Gesamtkonzepts für den Landkreis Unterallgäu" steht als kostenloser Download bereit:
www.unterallgaeu.de/seniorenkonzept

Seniorenpolitische Gesamtkonzepte in Bayern:
www.stmas-bayern.de/senioren
www.afa-sozialplanung.de

Fokus: Nordrhein-Westfalen

Ein Masterplan für die Quartiersentwicklung

■ Bis zum Jahr 2030 werden in Nordrhein-Westfalen rund 4,7 Millionen über 65-Jährige und circa 1,3 Millionen über 80-Jährige leben. Das ist ein Zuwachs von 28 Prozent bzw. 42 Prozent im Vergleich zu heute. Das Land Nordrhein-Westfalen will die Quartiersentwicklung in den Kommunen mit einem Masterplan vorantreiben. □

„Quartiere" – also Orte, in denen die Menschen ihre sozialen Kontakte pflegen und ihr tägliches Leben gestalten – sehen in NRW völlig unterschiedlich aus: Sie sind urban oder dörflich strukturiert, sind weitläufig oder verdichtet. Entsprechend gibt es in vielen Kommunen in NRW auch bereits Ansätze und Maßnahmen der Quartiersentwicklung und quartiersnahen Versorgung, die sich allerdings in Art und Umfang erheblich unterscheiden. Dies hat eine Bestandsaufnahme von Quartierskonzepten in NRW der Universität Bielefeld und der Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V. herausgefunden. Die Autoren der Studie resümieren, dass bei diesen Einzelprojekten noch viele konzeptuelle Unklarheiten bestehen und

es bisher noch an einer gezielten und systematischen Entwicklung fehlt.

Mit dem Konzept „Masterplan altengerechtes Quartier“ fördert das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter Nordrhein Westfalen (MGEPA NRW) deshalb seit Juni 2013 ein modulares Gesamtkonzept zur Unterstützung der Kommunen bei einer altersgerechten, partizipativen Quartiersentwicklung, das auf die individuellen Rahmenbedingungen der einzelnen Kommunen und Quartiere ausgerichtet ist. Das neu eingerichtete Landesbüro altengerechte Quartiere.NRW ist zuständig für die Umsetzung des Masterplans des MGEPA NRW. Zum Masterplan gehört auch ein internetgestützter Methoden- und Instrumentenkasten. Er bietet konkrete Unterstützung in der Quartiersarbeit durch eine Sammlung geeigneter und in der Praxis erprobter Instrumente und Methoden. Er beinhaltet einen Werkzeugkasten, aus dem Kommunen und andere AkteurInnen ihre Maßnahmen individuell zusammenstellen können. Interessierte Kommunen werden beim Landesbüro bei der Anwendung des „Modulbaukastens“ und bei der konkreten Umsetzung vor Ort beraten und unterstützt.

Darüber hinaus sollen mit der Reform des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG) und des Landespflegerechts die notwendigen Rahmenbedingungen zur Quartiersentwicklung geschaffen werden. Insgesamt werden von Seiten der Landesregierung 8,7 Millionen Euro im Landesförderplan Alter und Pflege – unter anderem auch für die Quartiersentwicklung in den Kommunen – zur Verfügung gestellt. Das „Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen“ (MGEPA NRW) soll am 1. Januar 2014 in Kraft treten. In Ihren Stellungnahmen haben das KDA und das Netzwerk: Soziales neu gestalten (SONG) das Reformvorhaben grundsätzlich begrüßt. Das KDA fordert unter anderem ein lokales Quartiersmanagement, das im Sozialraum die Kooperation von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, privaten und öffentlichen Dienstleistern ermöglicht. ■ *Simone Helck*

Kontaktadressen:

Landesbüro altengerechte Quartiere.NRW
Springorumallee 5, 44795 Bochum
Tel.: +49 234 95319999, info@aq-nrw.de
www.altengerechte-quartiere.nrw.de

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter (MGEPA)
Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf
Tel.: +49 211 8618-50, info@mgepa.nrw.de
www.mgepa.nrw.de

Literatur

Institut für Pflegewissenschaft an der Universität Bielefeld, Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V. (2012): Altersgerechte Quartiersentwicklung und quartiersnahe Versorgung Hilfe- und Pflegebedürftiger: Eine qualitative Bestandsaufnahme von Quartiersprojekten und Unterstützungsangeboten zur Quartiersentwicklung (noch unveröffentlicht)

„Im Mittelpunkt steht die Stärkung des sozialen Zusammenhalts“

Interview mit Prof. Dr. Peter Dehne

Peter Dehne ist Professor für Planungsrecht und Baurecht an der Hochschule Neubrandenburg. Er berät Städte, Gemeinden und Regionen in Ostdeutschland. Seine Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Raumentwicklung, die Anpassung und der Umbau der regionalen Daseinsvorsorge und Strategien und Politik für ländliche Räume.

Was zeichnet Quartiere im ländlichen Raum speziell in Ostdeutschland aus? PA
Man muss zunächst einmal unterscheiden zwischen dörflichen, klein- oder mittelstädtischen und großstädtischen Quartieren. In den Plattenbaugebieten der Städte im Osten und Westen sind die Unterschiede gar nicht so groß. Die Eigentumssituation in Ostdeutschland mag vielleicht in den größeren Städten prägnanter und eindimensionaler sein, weil es meist nur ein oder zwei große Eigentümer, nämlich die Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften, gibt. Das kann es erleichtern Strategien zu entwickeln. In den westdeutschen Städten sind die Eigentumsstrukturen meistens vielfältiger. PD

Wie sieht es mit dem Unterschied zwischen Ost und West bei den kleineren Quartieren aus? PA
Es geht hier weniger um die Unterscheidung nach Ost und West, sondern um die Unterscheidung nach Wachstum und Schrumpfung, Strukturschwäche und Strukturstärke. Es gibt Orte, die unterliegen Schrumpfungsprozessen. Davon liegen mehr im Osten, sie können aber auch im Westen liegen. In Südniedersachsen oder in Nordhessen haben wir dieses Phänomen im ländlichen Raum genauso. Und selbst in Bayern und Baden-Württemberg gibt es solche Orte. PD

Und was ist in den von einer starken Schrumpfung betroffenen Quartieren so besonders? PA
Das Erste ist sicherlich, dass in den schrumpfenden Regionen die Bevölkerungsstruktur schneller und stärker überaltert, weil viele junge Menschen und Familien wegziehen und kaum jemand nachzieht. Das Zweite ist, dass dadurch die Infrastrukturen immer weniger tragfähig und – mittel- und langfristig – auch nicht aufrechtzuerhalten sind. Das betrifft vor allem die sozialen, aber auch die technischen Infrastrukturen. Die Folge ist, dass die Dörfer immer weniger attraktiv werden und Einwohner verlieren. Es gibt kleinere Dörfer, die in zwanzig Jahren gar nicht mehr existieren werden. PD

Gibt es schon ein Dorf, in dem niemand mehr lebt? PA
Es gibt nur eine Handvoll kleiner Siedlungen, die in den letzten zehn bis 15 Jahren auch wirklich schon aufgegeben wurden. In den sehr strukturschwachen Regionen wie beispielsweise in einigen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns haben wir aber sicherlich Orte, die bereits stark überaltert sind und in denen der soziale Zusammenhalt immer schwächer wird. Dort gibt es auch viel Leerstand. Aber es gibt auch kleine Dörfer, in denen zu Beginn

Enquete-Kommission „Älterwerden in Mecklenburg-Vorpommern“

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat am 1. Februar 2012 die Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ einberufen, die Maßnahmenempfehlungen zur bedarfsgerechten Gestaltung der Wohn- und Lebenssituation der älteren Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern erarbeiten soll. Unter anderem hat das KDA zusammen mit TNS eine Repräsentativbefragung in Mecklenburg-Vorpommern zum Thema „Wohnen im Alter“ durchgeführt. Darüber hinaus lässt die Enquete-Kommission Expertisen zu einzelnen Themenfeldern erstellen. Eine davon ist die Grundlagenexpertise „Wohnen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“, die Prof. Dr. Dehne zusammen mit dem KDA erarbeitet hat. Laut Expertise ist zentrales Ziel aller Maßnahmen, das selbstständige Wohnen in vertrauter Umgebung so lange und so gut wie möglich zu gewährleisten. Dazu müssen sich Maßnahmen und Unterstützung nicht nur auf die Wohnung, sondern auch auf das Wohnumfeld und das Quartier beziehen: Es geht also um die Wohnungsanpassung, ggf. bedarfsgerechter Wohnungsneubau, die Gestaltung eines barrierearmen Wohnumfeldes, die Sicherung und Anpassung einer wohnungsnahen Versorgung einschließlich Gesundheits- und Kultureinrichtungen, die Sicherung und Anpassung bedarfsgerechter Hilfe- und Pflegeangebote sowie die Förderung eines wertschätzenden, integrierenden gesellschaftlichen Umfelds, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegenseitige Alltagshilfen. Für die unterschiedlichen Quartiere ist dabei Folgendes zu beachten: In kleineren Ortschaften und Dörfern ohne Versorgung in zumutbarer Entfernung müssen sozialer Zusammenhalt, Selbstverantwortung und -organisation und gegenseitige Unterstützung im Sinne eines „aktiven Dorfes“ angeregt, gefördert (nicht immer nur im Sinne von finanzieller Förderung) und begleitet werden. Sicherung der Lebensqualität im Alter sind in diesen aktiven Dörfern die Organisation von sozialen Kontakten und die Sicherung der Mobilität bzw. der Fahrten zu den Versorgungszentren und zur Gesundheitsversorgung über Nachbarschaftshilfen und flexible, selbstorganisierte Mobilitätsangebote. Dort, wo diese Selbstorganisation nicht gelingt, sollten Umzüge älterer Menschen in die Zentren mit Beratung und Anreizen gezielt gefördert und unterstützt werden (nicht unbedingt finanzielle Förderung). In den ländlichen Kleinstädten mit einem Minimum an Versorgung sollten die Handlungsschwerpunkte auf die Sicherung der Versorgungsangebote, die Gestaltung einer barrierearmen Stadt und einer Mischung ehrenamtlicher und professioneller Hilfs- und Pflegeangebote liegen. Die Kleinstadt bietet aufgrund ihrer räumlichen und sozialen Übersichtlichkeit gute Voraussetzungen, sich insgesamt als Wohn- und Lebensquartier für das Wohnen im Alter zu entwickeln. In den größeren Städten sind durchweg professionelle Angebote der Versorgung, Pflege und Unterstützung vorhanden, jedoch nicht immer ausreichend räumlich konzentriert bzw. erreichbar. Zudem wird der Mietwohnungsmarkt in den Ober- und Mittelzentren bestimmt von wenigen kommunalen Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften. Sie geraten damit in eine besondere Verantwortung, ihre Wohnungsangebote und -quartiere auf die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen auszurichten, und werden damit zum zentralen Akteur für das Wohnen im Alter, neben den Kommunen. In den größeren Städten verlagern sich somit die Maßnahmen zu professionellen Angeboten und in den Verantwortungsbereich der kommunalen Wohnungsanbieter. Alle hier genannten Strategieempfehlungen erfordern ein gutes Zusammenspiel der Politikebenen im Sinne einer koordinierten Mehrebenenplanung. Die eigentlichen Maßnahmen zur Anpassung und Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation müssen dann vor Ort bzw. aus dem Quartier heraus entwickelt werden. Aufgabe des Landes sollte es sein, für die interkommunale Abstimmung und örtliche Umsetzung strategische Orientierung und Begleitung zu bieten sowie den Rahmen für einen gegenseitigen Lernprozess der Regionen, Städte und Gemeinden zu schaffen.■

Weitere Informationen
und Download unter:
www.landtag-mv.de/landtag/gremien/enquete-kommission.html

der 1990er Jahren kaum noch jemand wohnte und die jetzt wieder besiedelt sind. PD

Dann sind diese Neusiedler sozusagen Pioniere? PA
Man spricht auch von Raumpionieren. Die Neusiedler suchen sich meist die Ecken, wo am wenigsten los ist und es die größten Probleme gibt, weil das für sie am interessantesten ist und Gestaltungsräume zulässt. Das können Leute sein, die Lebenskunstexperimente wagen, aber auch Leute, die einen guten Job in Berlin haben aber lieber Abseits wohnen möchten. PD

Einen Internetanschluss gibt es in diesen Dörfern bzw. Regionen aber schon? PA
In manchen strukturschwachen Gebieten ist die Internetverbindung schon ganz gut, aber das ist nicht flächendeckend der Fall. Zukünftig wird gerade für das Wohnen im Alter das Internet im ländlichen Raum eine wichtige Grundlage sein. Die älteren Menschen möchten natürlich in ihren Dörfern und ländlichen Gemeinden bleiben, müssen aber versorgt werden und die Möglichkeit haben, ihr Leben noch selbstständig zu Hause führen zu können. Pflege, medizinische Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten und auch soziale Kontakte können über internetgestützte Hilfen erleichtert werden. Aber für solche Angebote brauchen wir natürlich die technischen Voraussetzungen. PD

Was können Kommunen tun, um der älter werdenden Bevölkerung dort ein gutes Leben zu ermöglichen? PA
Wir beobachten zunehmend im strukturschwachen ländlichen Raum, dass es gerade von älteren Menschen Wanderungsbewegungen aus den Dörfern in die Kleinstädte gibt. Die kommunalen Wohnungsunternehmen berichten von einem Zuzug vor allem nach einem harten Winter. Die älteren Menschen merken dann, dass die Rahmenbedingungen auf dem Land immer schwieriger werden. Sie denken über einen Umzug nach, nicht nur ins Pflegeheim, sondern durchaus auch in eine ganz normale Wohnung. In der Kleinstadt wird es für sie leichter: Sie können einkaufen, zum Arzt gehen und die Zug- und Busverbindungen sind meist auch besser. Damit die Menschen zu Hause wohnen bleiben können, brauchen sie also nicht nur eine barrierefreie Wohnung oder einen barrierefreien Hauszugang, sondern auch ein passendes öffentliches Umfeld mit kurzen Entfernungen. PD

Dort, wo das nicht sichergestellt werden kann, bleibt den Menschen also nichts anderes übrig, als in die nächstgelegene Kleinstadt zu ziehen? PA
Ja und nein. Aus planerischer Sicht würde ich sagen, man muss diese Kleinstädte stärken, damit dort die Versorgung der älteren Menschen konzentriert werden kann. Aber neben Pflege, medizinischer Versorgung oder Einkaufsmöglichkeiten gehören zum Wohlfühlen auch die sozialen Kontakte, die Nachbarschaftshilfe und die Solidarität oder das Zusammenleben miteinander. Und da gibt es Dörfer, in denen die fehlende Versorgung durch die Sozialgemeinschaft aufgefangen wird. PD

Die wenigen, die es noch gibt, halten jetzt umso enger zusammen. PA
Vollkommen richtig. Sie organisieren zum Beispiel die Mobilität oder die tägliche Versorgung für ältere Mitbürger. In Westdeutschland gibt es viele Genossenschaftsmodelle, mit denen die Nahversorgung gesichert werden soll, zum Beispiel durch einen gemeinschaftlich getragenen Dorfladen. Wie gehen wir mit den Dörfern um, wo es keinen Laden oder Bus mehr gibt? Man kann diese Dörfer nicht einfach sich selbst überlassen. Es müssen ergänzende Strategien zur staatlichen Daseinsvorsorge gefunden werden. Darum geht es auch bei der „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“. PD

Sie haben die „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ mit entwickelt. Was bedeutet das für die Quartiersentwicklung? PA
Hintergrund der Regionalstrategie ist der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge. Hierzu brauchen wir neue Ideen und Modelle. Eine Reorganisation kann nur von unten gesche-

hen, also aus den Regionen heraus. Das kann man durch alle Bereiche der Daseinsvorsorge durchdeklinieren, also Kindergärten, Schulen, Feuerwehr, Gesundheits- und Ärzteversorgung bis hin zum Wohnen im Alter. Wir arbeiten mit 21 Modellregionen, die all diese Dinge erproben. PD

Und die Arbeit liegt immer in der Verantwortung von Kommunen? PA
Nicht unbedingt, denn viele Dinge müssen regional organisiert werden. Wenn wir beispielsweise über die Ärzteversorgung nachdenken, dann müssen wir für die ganze Region überlegen, wo noch potenzielle Ärztestandorte sind oder wo sie gesichert werden müssen. Auch bei der Schulversorgung oder der Organisation der Mobilität muss man regional denken. Regional kann ein Landkreis sein, mehrere Gemeinden oder auch ein regionaler Planungsverband. PD

Und diese Strukturen sind bereits vorhanden? Oder entstehen quasi aus der Not heraus auch neue regionale Netzwerke? PA
Es entstehen durchaus neue regionale Netzwerke. Und wir sehen vermehrt, dass es Dinge gibt, die auf der gesamtregionalen Ebene gelöst und angedacht werden müssen, aber konkret handeln muss man häufig auf der örtlichen Ebene: Bei der Ärzteversorgung schaut man überregional, wo das Problem ist, und örtlich muss man die Rahmenbedingungen so gestalten, dass der Arzt auch dort verbleibt. Beim Thema „Wohnen im Alter“ ist es ähnlich: Auf der einen Seite erfasst man die Standorte der alltagsrelevanten Einrichtungen. Aber wenn es um das Thema „So lange wie möglich zu Hause wohnen“ geht, muss konkret auf Quartiersebene gehandelt werden.. In Bezug auf die Regionalstrategie bedeutet das also: von oben schauen, kooperativ Strategien entwickeln und häufig den Fokus auf das Handeln direkt an der Basis setzen. PD

Wie müssen die Rahmenbedingungen verändert werden, um diesen zukünftigen Herausforderungen gerecht zu werden? PA
Als Erstes müssen für die altersgerechte Quartiersentwicklung die Ebenen Dorf, Kleinstadt und Quartier in einer größeren Stadt unterschieden werden. Im Mittelpunkt der Dorfentwicklung steht die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Das Land muss die Dörfer dabei unterstützen, die Gemeinschaft zu stärken und neue Modelle der Selbstorganisation zu finden und diese dann auch umsetzen zu können. PD

Wie überzeugt man die Menschen davon, diesen Gemeinschaftssinn zu tragen und mit Leben zu füllen? PA
Das kann man nicht erzwingen. Meist hängt das von Einzelnen ab, die voranmarschieren und die anderen mitnehmen. Von außen kann man dafür nur Impulse geben, zum Beispiel indem man die aktiven Menschen vernetzt, Erfahrungsaustausche organisiert und die Arbeit für andere als Vorbild sichtbar macht. Das heißt letztendlich, dass es Dörfer geben wird, die aus diesen sozialen Kräften heraus sehr lebenswert sind. Aber es wird auch viele Dörfer geben, in denen es eben nicht gelingt, weil nicht genügend Kräfte oder Menschen da sind. PD

Und wie ist das in den größeren Quartieren? PA
Die Kleinstädte sind – wie der Name schon sagt – klein und überschaubar. Aus Sicht der älteren Menschen müsste man eigentlich die ganze Kleinstadt zum Quartier entwickeln: mit guter und fußläufiger Erreichbarkeit, mit der Gestaltung des öffentlichen Freiraums, mit der Stärkung des sozialen Zusammenhaltes

Regionalstrategie Daseinsvorsorge

Das „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“ soll ausgewählte Modellregionen in ländlichen Räumen darin unterstützen, sich innovativ den infrastrukturellen Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen und mit einer „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ erforderliche Infrastrukturanpassungen vorausschauend und kooperativ zu gestalten. Durchgeführt als Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) setzt das Aktionsprogramm damit einen Schwerpunkt innerhalb der „Initiative ländliche Infrastruktur“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.
Weitere Informationen: www.regionale-daseinsvorsorge.de

und mit Einrichtungen für alle Generationen zur Begegnung. In den großen Wohnquartieren kommt es meiner Einschätzung nach in Ostdeutschland sehr stark auf die Wohnungsgesellschaften oder -genossenschaften an. Sie entwickeln neue und gute Modelle für die altengerechte Quartiersentwicklung. Aber auch hier hängt es wieder von Personen ab, die Ideen haben und etwas wagen. PD

Aber die Wohnungsgesellschaften haben ja auch eine ganz klare wirtschaftliche Motivation. PA
Vollkommen richtig. Die gute Arbeit bedeutet für sie auch Mieter. An einigen Beispielen in Mecklenburg-Vorpommern sehen wir, dass die, die gut wirtschaften, auch querfinanzieren können und dadurch den Umbau zu altengerechten Wohnungen, die Einrichtung von Treffpunkten, selbst von Quartiersmanagern mitfinanzieren. PD

Agieren diese Unternehmen dann unabhängig von den kommunalen Strukturen? PA
Ja, das passiert durchaus. Am besten funktioniert die Quartiersentwicklung aber immer noch, wenn alle AkteurInnen zusammenspielen: BürgerInnen, Kommunen, Wohnungsunternehmen, Pflegeeinrichtungen, Vereine und weitere. PD

■ *Das Gespräch führte Simone Helck.*

Am besten gemeinsam?

Partnerschaftliche Ansätze integrierter Stadt- und Quartiersentwicklung

■ Bei der integrierten Stadt- und Quartiersentwicklung geht es um einen problemorientierten, offenen Zugang, der sich den aktuellen Herausforderungen der Stadtentwicklung stellt und dabei den begrenzten Handlungsspielräumen der Kommunen etwas entgegensetzt. Nur durch eine Neubelebung und Reinterpretation bisheriger integrierter Ansätze kann dies gelingen. □

Bei den gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit – Wirtschaft, Klimawandel, Demografie und Soziale Integration – stoßen viele Städte aufgrund der Abhängigkeit von Kassenkrediten, Haushaltskommissaren oder Ressortlogiken an ihre Grenzen der Problemlösungsfähigkeit. Es liegt also nahe, auch auf andere AkteurInnen der Stadtgesellschaft und hier insbesondere die Zivilgesellschaft zuzugehen. Doch leider korrelieren bisweilen städtischer Problemdruck und geringes Sozialkapital in der Zivilgesellschaft. Häufig fehlt es auch an Anreizen, wertvolle Zeit für die Gemeinschaft zu opfern. Gleichzeitig gibt es ein riesiges Potenzial an nicht oder wenig Beschäftigten, die bislang vom reformierten Sozialstaat vor allem über markige Formeln wie „Fördern und Fordern“ individuell adressiert wurden, aber durchaus anders in die Quartiersentwicklung einbezogen werden könnten. Freiwillige Initiativen, wie sie derzeit beispielsweise im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gefördert werden, stoßen auf mannigfache Alltagsprobleme und führen bislang noch ein Nischendasein auf Zeit.

Integrative Ansätze der Stadtentwicklung

Zum Ende des 20. Jahrhunderts entstanden statt der bisherigen projektförmigen Stadtentwicklungspolitik sehr viel pragmatischer angelegte, integrierte Stadtentwicklungsansätze. Sie sind verbunden mit der Einführung von an Quartiersbudgets gekoppelten Stadtteilmanagementansätzen, die zum ersten Mal systematisch Politikansätze der räumlichen Stadtentwicklung mit zahlreichen weiteren zusammenführt, so etwa den Feldern der Bildungs-, Sozial- und Migrationspolitik. Die beschriebenen Planungsansätze sind jedoch keineswegs unumstritten.

Die fachliche Kritik wird immer wieder aus der Richtung der Stadtsoziologie und der Sozialarbeit geäußert. Der explizite Raumbezug des Handelns sei nicht treffsicher genug und baue auf unfundierten Annahmen über baulich-räumliche, infrastrukturelle und symbolische Quartierseffekte auf. Es sei nicht klar genug nachzuweisen, dass BewohnerInnen eines Quartiers deutliche Nachteile durch ihr unmittelbares benachteiligtes Wohnumfeld erleiden, die über integrierte Ansätze einer Quartierspolitik mit räumlichem statt individuellem Zugang der Problemlösung sinnvoll zu bear-

„Wir brauchen in Zukunft einen besonders integrierten Ansatz der Quartiersentwicklung, der die Ressourcen unterschiedlichster AkteurInnen vom Staat über private Unternehmen und Stiftungen bis hin zur Zivilgesellschaft systematisch einbezieht.“

beiten wären. Weiterhin wird beklagt, dass die starke Fixierung auf baulich-investive Zugänge keine hinreichende Unterstützung bei sozialen Problemlagen im Quartier bieten kann.
Die gesellschaftliche Kritik betrifft beispielsweise die auf städtischer Ebene aufbrechenden Konflikte. Macht man sich klar, wie indirekt integrierte Ansätze auf gesamtstädtischer Ebene wirken und wie eingeschränkt sie auf Quartiersebene zentrale gesellschaftliche Problemlagen adressieren können, wird deutlich, dass die Zunahme von innerstädtischen Konflikten im Zuge eines allgemeinen Reurbanisierungstrends diese Ansätze vor große Herausforderungen stellt.
Von Seiten der Politik kommt die Kritik an der dauerhaften Abhängigkeitskultur von Quartieren, die unter anderem darauf zurückgeführt wird, dass eine öffentlich alimentierte Projektbürokratie unterschiedlichster sozialer Träger ein Eigeninteresse an einer Fortführung projektförmiger Beruhigungspillen für benachteiligte Quartiere hat, ohne jemals ernsthaft über deren langfristige Stabilisierung nachzudenken. Auch der lokale Staat springt zur Finanzierung seiner vielschichtigen und manchmal unverbundenen Projektwünsche auf den Zug der integrierten Stadtentwicklung auf, ohne tatsächlich immer am Gedanken der Integration interessiert zu sein.

Ressourcen bündeln

Insgesamt gelingt es integrativen Ansätzen noch nicht gut genug, bürgerliche Eigeninitiative aufzugreifen. Wenn, dann ist diese häufig entweder stark auf die Animateure aus dem Stadtteilmanagement angewiesen oder aber sehr einseitig von ganz starken und keineswegs die Interessen eines gesamten Quartiers vertretenden Einzelpersonen geprägt. Eine umfassende Vernetzung quartiersbezogener Politikansätze ist gegen die etablierte Kompetenz- und Ressortlogik der kommunalen Verwaltung nur selten durchsetzbar. Von einer echten partnerschaftlichen Verzahnung verfügbarer Ressourcen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Sphären für eine abgestimmte Entwicklung von Quartieren – und zwar nicht nur im Rahmen von Feuerwehrmaßnahmen der Missstandsbeseitigung – sind wir immer noch weit entfernt. Das gilt auch für eine Einbeziehung von Ressourcen, die überlokal verfügbar sind, aus Stiftungen, Unternehmen und Fördermittelgebern. Hier ist nach wie vor festzustellen, dass es schwierig ist, Private in die Stadtentwicklung einzubeziehen, gerade wenn sie sich als Lückenbüßer für einen lokalen Staat im Rückzug verstehen.

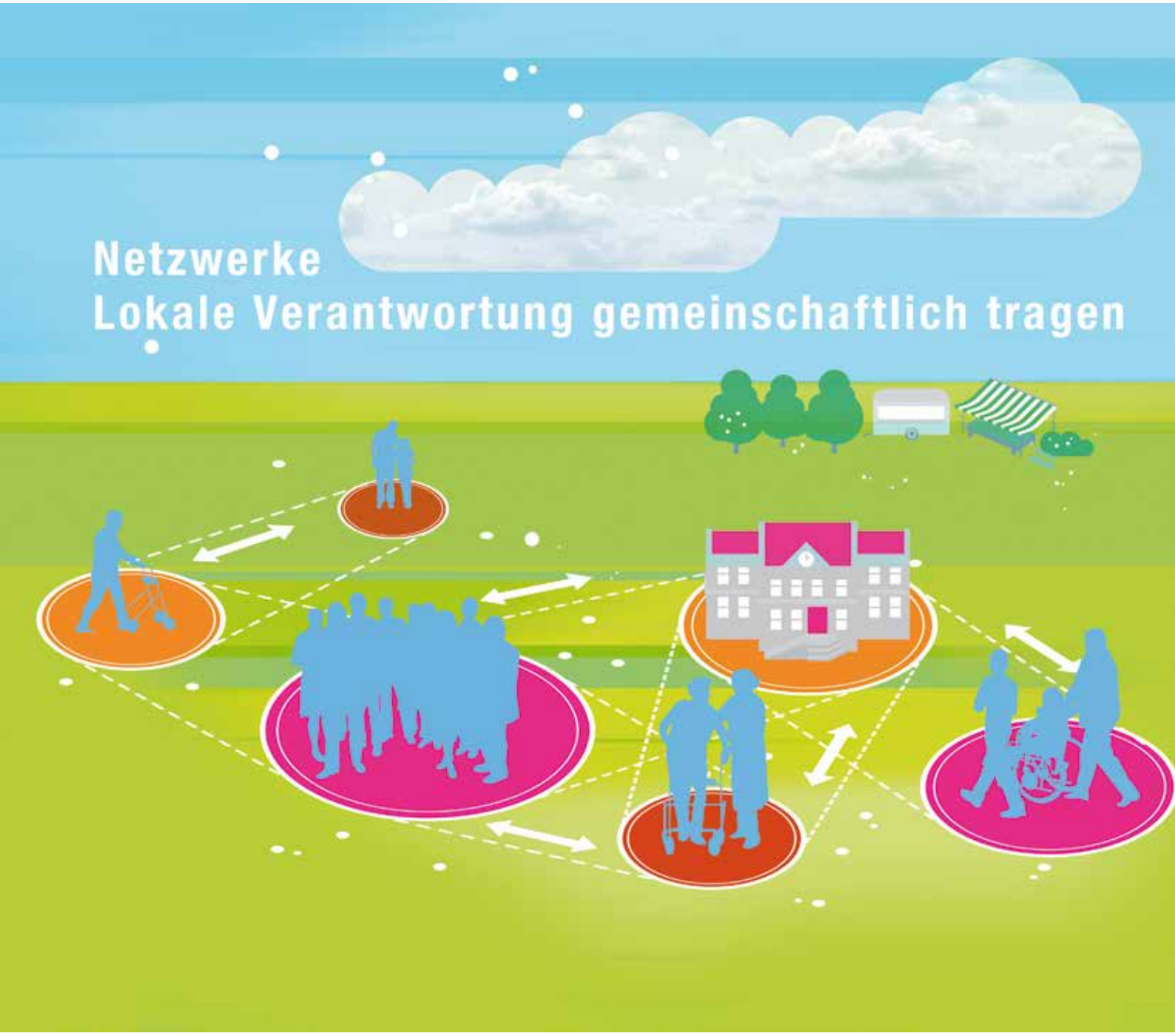
Ideen zur Reorganisation bisheriger Ansätze

Vor diesem Hintergrund sind folgende Elemente für ein Modell einer möglichst flächendeckenden sozialraumorientierten Verwaltungsreorganisation von Bedeutung:

Quartiersentwicklung als Regelaufgabe mit flexiblem Handlungsauftrag

Quartiersentwicklung wird zum Regelprogramm. Sie findet vor Ort statt, bündelt ressortübergreifend Aufgaben der Verwaltung im Quartiersbüro, das als Bürgerbüro vor Ort zur Verfügung steht. Nach dem Vorbild etwa der „Londoner Idea Stores“ könnte man sie sogar mit quartiersbezogenen Infrastruktureinrichtungen wie Stadtteilbibliotheken und Treffpunkten integrieren und in geeigneten Fällen zentral gelegene brach gefallene Immobilien im Quartier wiederbeleben. Im Falle einer Mehrfachnutzung kann tagsüber ein Schwerpunkt bei den Verwaltungsdiensten liegen, abends bei eher zivilgesellschaftlich ausgerichteten Initiativen. Die Schwerpunkte quartiersbezogenen Handelns werden im Dialog mit den BürgerInnen flexibel entwickelt. Kooperation und Netzwerkbildung in den Stadtteil hinein ist eine Kernaufgabe, findet bezogen auf die Verwaltungsressorts aber auch schon im Quartiersbüro im Rahmen von dessen Aufgabendefinition statt. Dazu übernimmt es auch Personalressourcen der bisherigen Ressorts und Teile von deren Budgets, sofern sie sich quartiersbezogen organisieren lassen.
Quartiersmanagementstrukturen erhalten durch ihre Verknüpfung mit der Regeltätigkeit der Verwaltung eine stärkere Stabilität als im jetzigen Rahmen, in dem sie als vermeintlich

freiwillige Leistungen häufig gefährdet sind, wenn eine Förderung ausläuft. Sozialräumlich integrierte Entwicklung wird so zur Pflichtaufgabe einer reorganisierten Verwaltung, die zunehmend unabhängig von dem Druck der Befristungslösungen in der Städtebauförderung wird. Unterstützend versucht sie, Mittel von außen auch aus anderen Ebenen der Verwaltung zu mobilisieren. Die thematischen Schwerpunkte, die vor Ort gefunden werden, können sich in den Bereichen der Sozialen Stadterneuerung bewegen und damit beispielsweise einen Schwerpunkt auf soziale Integration oder die Verbesserung der Infrastruktur legen. QuartiersmanagerInnen sind aber keine isolierten EinzelkämpferInnen mehr und flexibler in der Lage, in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung vor Ort auch komplexere Umbauaufgaben zu bearbeiten. Hier denke ich an den Aufbau von Bildungsnetzwerken, einen Masterplan generationengerechtes Quartier, die Suche nach Mobilitätsalternativen für Quartier im Rahmen der Senkung des quartiersbezogenen Gesamtenergieverbrauchs. Vielleicht wird es durch solche Ansätze sogar möglich, dass die Städte nicht die Städtebauförderung zur Finanzierung



ihrer Regelaufgaben nutzen und die dabei entstehenden Projektlisten dann blumig als integrierte Ansätze deklarieren müssen.

Quartiersentwicklung als Präventions- und Entwicklungsansatz

Als Außenstelle der Verwaltung wird das Quartiersbüro auf diese Weise weitgehend unabhängig von der Definition vermeintlicher Problemquartiere. Problemdefinitionen werden abgelöst durch kooperative Definitionen, die sich nicht mehr auf die Schwäche eines Gebiets beziehen, sondern auf das vor Ort kooperativ entwickelte Selbstverständnis der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen. Langfristige Stigmatisierungen und besondere Charaktere etwa von Durchgangsquartieren wie Dortmund-Nord können durch den Reparaturbetrieb der Städtebauförderung ohnehin nicht überwunden werden. Wohl kann ein Quartier als Durchgangsquartier qualifiziert werden und daran arbeiten, die Voraussetzungen für eine langfristige Integration seiner BewohnerInnen zu optimieren. Übrigens geht es in einem solchen Ansatz auch nur um eine relative Stabilisierung, und es kann ein Erfolgsmerkmal sein, dass seine Adressaten das Quartier schließlich verlassen, um anderen integrationsbedürftigen Zuwanderern Platz zu machen. Eine solche Problemdefinition wird aber nur dann gesamtstädtisch Bestand haben, wenn sie als legitim anerkannt wird. Dazu sind Mindestanforderungen der Stabilisierung genauso erforderlich wie die Vermittlung der Leistung, die dabei im Quartier für die Gesamtstadt und darüber hinaus erbracht wird. Hierfür ist eine gesamtstädtische Koordination der Quartiersentwicklung verantwortlich. Erleichtert wird die Vermittlung, wenn sie eingebettet ist in ein ausdifferenziertes Muster von Präventions- und Entwicklungsansätzen. Damit geht die Quartiersentwicklung über das bisherige Verständnis von Städtebauförderung hinaus und differenziert ihre Aufgaben deutlich aus.

Veränderte Anreizstrukturen für quartiersbezogenes Handeln

Für die Städte sind Anreize erforderlich, um eine derartige Umorganisation und Verantwortungsübernahme zu organisieren. Zur Finanzierbarkeit werden Umschichtungen in den öffentlichen Budgets erforderlich, die durch die quartiersbezogenen Problemlösungsansätze definiert und legitimiert werden. Ergänzend findet eine Budgeteinwerbung statt, die durch die vergrößerte Schlagkräftigkeit der Quartiersbüros überhaupt erst realistisch wird. Da die Ansätze den Rahmen und die Reparaturphilosophie der Städtebauförderung verlassen, wird es möglich, über ergänzende Budgets aus nationalen oder Landeshaushalten nachzudenken, die dafür gewährt werden, dass die Städte konkrete überörtliche Aufgaben wahrnehmen. Im ganz kleinen Maßstab macht die Nationale Stadtentwicklungspolitik genau dies bereits vor und probt einen Schulterschluss zwischen nationaler und Quartiersebene, der die Problemwahrnehmung auf städtischer und Landesebene zusätzlich unterstützen könnte. Auf diese Weise gelingt es vielleicht sogar, die Länder intensiver in die Pflicht zu nehmen.

Veränderte Anreizstrukturen für zivilgesellschaftliches Engagement

BürgerInnen arbeiten an den Quartiersentwicklungsansätzen mit und tragen sie dadurch. Auf diese Weise entstehen Spielräume für eine Beteiligung, die über die engen Restspielräume etwa der Bürgerhaushaltsinitiativen hinausgehen und so neue Anreize zur Beteiligung schaffen. Die Budgeteinwerbung wird an die Problemlösungsdefinition angekoppelt und so bis zu einem gewissen Grad flexibilisiert.

Auf Quartiersebene ist denkbar, dass hier auch das individualisierte „Fördern und Fordern“ abgelöst wird durch eine Mobilisierung von quartiersbezogenen Tätigkeiten als Reproduktionsarbeit, die auf kleinräumiger Ebene zur Steigerung der Lebensqualität jenseits der Erwerbsarbeit und des marktförmigen Konsums beitragen und mehr sind als das Zusammenrechen von Laub durch Sozialhilfeempfänger noch vor einigen Jahren. Mit ihrer Anbindung an die Quartiersentwicklung stärken sie das Verständnis von Beteiligung „auf Augenhöhe“. Sie sind möglicherweise auch in der Lage, neue Anreize für eine Einmischung neuer Bevölkerungsgruppen zu schaffen. Ein denkbares Beispiel wäre die Beteiligung an vor- und außergerichtlichen Konfliktmanagementinstitutionen im Quartier. Doch Anreizstrukturen für zivilgesellschaftliche Beteiligung sind noch auf mannigfachen anderen Feldern denkbar, die über einen altruistischen Zugang hinausgehen. Neben den vielfältigen Ideen einer Kapitalbereitstellung durch entwicklungspolitisch engagierte Banken, die nur einen kleinen Kreis von Engagierten erreichen, wäre eine Mobilisierung von privatem Kapital denkbar, wenn sie dem Wohnquartier des jeweiligen Kapitalgebers zugutekommen. Weit vor der derzeit untersuchten Einbeziehung von Stiftungen und Unternehmen sind so kleinräumig vernetzte Kapitalkreisläufe zur Förderung des Quartiers durch so etwas wie Kommunalentwicklungsfonds denkbar, die an die skizzierten Quartiersbüros angekoppelt sind und nicht einmal den merkwürdigen Ruch und die Umständlichkeit der Notökonomie eines Tauschrings hätten. Dennoch wäre natürlich auch die Bereitstellung nationaler Fördermittel für lokales Handeln im Quartier möglich, dass dadurch globale Verantwortung übernimmt.

Gesamtstädtische Ebene als systematische Koordination und rechtliche Absicherung

Auf gesamtstädtischer Ebene gibt es bereits einige Beispiele für eine systematische Vernetzung vom Quartier bis hin zur Bundesebene reichender Ansätze. Eines davon ist Ludwigsburg, in dem es nicht nur eine vorbildliche integrierte Stadtentwicklungsplanung gibt, sondern eine äußerst filigrane Abschichtung dieses Ansatzes bis auf die Stadtteilebene erfolgt. Insbesondere die Koordination des stadtentwicklungsbezogenen Handelns ist eine zentrale Aufgabe auf gesamtstädtischer Ebene. Diese wird dann sicher nicht bei einem konventionellen Bauressort liegen. Vielmehr bestünde hier eine zentrale Aufgabe der Neuinterpretation von Stadtentwicklungsabteilungen.

Fazit

Eine neu gedachte integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung kann möglicherweise dazu beitragen, systematisch unerschlossene gesellschaftliche Problembewältigungsansätze auf die Tagesordnung zu bringen. Hierzu bedarf es eines Bündels von Neujustierungen und Veränderungen: neue Anreizsysteme für die Mitwirkung nichtstaatlicher AkteurInnen, die stärker quartiersbezogene Bündelung und sozialräumliche Ausrichtung von Verwaltungsaufgaben, ein Abgehen von dem Verständnis der Quartiersentwicklung als unterausgestatteter, nur leidlich funktionierender Reparaturbetrieb für gesellschaftliche Fehlentwicklungen sowie eine Ausdifferenzierung der Quartiersentwicklung als Mosaik von Umbauansätzen, die uns alle betreffen, ob wir nun in einem reicheren oder ärmeren Quartier leben mögen. ■

Zum Autor:

Prof. Dr. Uwe Altrock

… ist am Institut für Urbane Entwicklungen der Universität Kassel tätig. Die Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte des Diplom-Ingenieurs und Mathematikers sind unter anderem Stadterneuerung, Stadtumbau, Leitbildwandel im Städtebau, Baukultur, Planungstheorie und Planungsgeschichte.

Dieser Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Vortrags während der Tagung „Am besten gemeinsam. Partnerschaftlich für eine integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung“, die am 23. und 24.11.2012 an der Evangelischen Akademie Hofgeismar stattfand. Die vollständige Fassung ist nachzulesen unter: http://ekkw.de/akademie.hofgeismar/publ/documente.html